



ERWARTUNGEN AN EINE BÜRGERLICHE ZEITUNG

Verscheuchte Fische beißen nicht an

Von WOLFGANG PRABEL | Ab und an versucht die WELT mir ein Luxusabo mit noch mehr Fakenews aufzuschwatzen. Alle zwei Wochen erhalte ich auch eine Email vom Chefredakteur persönlich mit Lesetipps. Es ist typisch hirnloses Marketing völlig am Kunden vorbei. Die Kommentarabteilung hatte mich schon in der grauen Vorzeit gesperrt und die Werbeabteilung weiß das nicht. Künstliche Intelligenz wahrscheinlich.

Heute schreibe ich mal auf, was ich von der WELT erwarten würde, um mehr Geld zu bezahlen. Wurschtegal ob das Poschardt liest oder auch nicht.

Derzeit steht die Außenpolitikberichterstattung unter der Gebetslitanei: „Unser täglich Trumpbashing gib uns heute“. Und in Polen, Italien und Ungarn ist alles nazi. Das ist für einen normal intelligenten Leser zu krass. Mindestens die Hälfte der Außenpolitikredaktion sollte zur Reinigung der Welttoiletten abgestellt werden. Muss ja nicht gleich mit der Zahnbürste sein. Einen außenpolitischen Teil wünsche ich mir, der öfter darauf verzichtet, aus anderen Medien abzuschreiben. Und wenn doch: Man kann auch mal eine Nachricht nachrecherchieren oder überprüfen, wenn man sie schon aus Kostengründen übernimmt.

Das Rumgeeiere bei der Kriminalitätsberichterstattung muss eingestellt werden. „Mann“ schubst „Frau“ ins Gleisbett ist keine Nachricht, sondern ein Rätsel. Antisemitismus ist auch so ein weißer Fleck. Jeder weiß, wer dafür verantwortlich ist, von der Redaktion wird unerträglich dumm getan. Ein Hakenkreuz an die blaue Türe einer feindlichen Partei geschmiert ist natürlich rechtsradikale Kriminalität. Gehts noch? Der Name Lügenpresse wird jeden Tag ehrlich verdient. Da rackert das halbe Haus.

Die Wirtschaftsredaktion müsste sich knallhart zur Marktwirtschaft bekennen und die Planwirtschaft der Merkelclique insbesondere in der Energiewirtschaft und in der Fahrzeugbranche aufs Korn nehmen. Die Zeitung müsste für Vertragsfreiheit eintreten, denn diese ist fundamentale Voraussetzung der bürgerlichen Gesellschaft.

Die Weltredaktion sollte sich zur Informationsfreiheit bekennen, die Zensur, PC, Berufsverbote, Sperrungen, Uploadfilter, Stasi und Maasi bekämpfen. Eine Verteidigung des allgemeinen Wahlrechts würde ich auch noch erwarten. Als Sahnehäubchen oben drauf.

Über NGOs würde ein professioneller Journalist nur berichten, wenn sie tatsächlich regierungsunabhängig sind und nicht von irgendwelchen Stiftungen, ausländischen Firmen und Ministerien durchfinanziert werden. Alles andere ist Etikettenschwindel, weil es Regierungs- oder Lobbyorganisationen sind.

Im Kulturteil würde ich von einer bürgerlichen Zeitung erwarten, daß sie sich von Rauschgift, perversen Sextechniken und Dekadenz stärker abgrenzt. Die Redakteure können sich von mir aus gegenseitig anpinkeln, das muss aber Privatsache bleiben. Man muss die Welt nicht unbedingt durch die Klobrille des Berghain sehen, wie der Chefredakteur.

Das Markenprodukt WELT wurde von Axel Springer mühsam aufgebaut und ist fix ruinert worden. Die Zeitung war solange

gut, wie sie vom „Neuen Deutschland“ und von der „Jungen Welt“ fast täglich als faschistisch und revanchistisch angefeindet wurde. Das gehörte einst zum guten Ruf, zur Reputation. Das wäre auch heutzutage das Qualitätssiegel.

Für Fakenews darf man nicht mehr als 4,49 € monatlich erwarten. Die Einträge vom Herausgeber Aust sind ihr Geld übrigens wert. Aber was die Schreiberei von den Kollegen betrifft, da ist er als Macher der Leitlinie des Blatts oft viel zu nachlässig. Oder nachgiebig?

(Im Original erschienen auf prabelsblog.de)



Stuttgart: AfD-Abgeordnete zahlen Bußgelder für Dieselfahrer

AfD-Landtagsabgeordnete aus Baden-Württemberg haben sich in einer [Solidaritätsaktion für Dieselfahrer](#) zusammengetan und werden die ersten 52 erhobenen Bußgelder aus eigener Tasche bezahlen. Jeder, der in nächster Zeit mit seinem Euro 4-Diesel in Stuttgart unterwegs ist und deshalb ein Strafmandat über 80 Euro verpasst bekommt, hat jetzt die Möglichkeit, nicht auf diesen Kosten sitzen bleiben zu müssen.

Der AfD-Landtagsabgeordnete Udo Stein aus dem Wahlkreis Schwäbisch Hall nannte das Ausstellen von Bußgeldern für Dieselfahrzeuge „moderne Wegelagerei und ein erneutes Schröpfen der Bürger von Staats wegen“. Und weiter: „Die AfD hat mehrfach dargelegt und dies auch wissenschaftlich untermauert, dass sowohl die Aufstellung der Messstationen als auch die Grenzwerte völliger Irrwitz sind. Das alles ist nichts als ein grün-ideologisch geprägter Kampf gegen das Automobil und den Individualverkehr. Um gegen diesen Wahnsinn ein Zeichen zu setzen, übernehmen Ich und die große Mehrheit meiner Fraktionskollegen die Kosten der ersten 52 eintreffenden Strafen, welche aufgrund des Dieselfahrverbotes verhängt worden sind.“

Betroffene Bürger sollen Rechnung an Udo Stein senden

Stein ermutigt daher alle betroffenen Bürger, ihre erhaltenen Zahlungsaufforderungen an Udo Stein, Urbanstraße 32, 70173 Stuttgart, zu senden. Die ersten 52 eintreffenden Strafen das Dieselfahrverbot betreffend werden vollumfänglich übernommen werden.

Stein fügt hierzu an: „Wir stehen für die Interessen der Bürgerschaft ein und stellen uns klar gegen diesen Wahnwitz der Grün-Schwarzen Landesregierung. Ich fordere an dieser Stelle alle Abgeordneten des Landtags auf, unserem Beispiel zu folgen, dem Bürger zur Seite zu stehen und gegen diesen Irrsinn Flagge zu zeigen“.



Templin: „Betreutes Saufen“ als Experiment in der Schule

Nach Pornounterricht im Rahmen der frühkindlichen Sexualisierung von Sechs- bis Zehnjährigen sollen unsere Kinder nun auch noch saufen lernen in der Schule. Die rot-rote Landesregierung in Brandenburg will mit einem steuergeldfinanzierten Projekt Schülern im Unterricht das „richtige“ Trinken von Alkohol beibringen.

Wie der [Nordkurier](#) berichtet meldeten sich Anfang der Woche empörte Eltern bei der Redaktion. Ihre Kinder hätten aus der Schule ein Blatt zur Einwilligung für ein „Schulexperiment“ mit nach Hause gebracht. Darin sollten die Eltern sich per Unterschrift einverstanden erklären, dass ihren minderjährigen Kinder im Rahmen eines „Trinkexperiments“ im Unterricht Alkohol verabreicht werde.

Die Oberschule von Templin in der Uckermark lädt für dieses „Experiment“ rund 90 Schüler der 9. Klassen zum betreuten Blauwerden ein!

Es wurde erklärt, dass für unter 16-Jährige maximal drei Trinkeinheiten (TE) geeignet seien. Das entspricht, gemäß der Beschreibung, rund 0,6 Liter Sekt oder Wein. Der höchste Wert, der verabreicht würde seien vier TE (bis zu 0,8 Liter Wein oder 1,3 Liter Bier), die die Jugendlichen „unter Aufsicht“ trinken sollten.

Obwohl Schulleiterin Barbara Liedtke eingesteht, dass sie selber nach einem Liter Bier „flachliegen“ würde, verteidigt sie den Saufunterricht. Denn es ginge ja nur darum die Folgen zu beobachten.

Die Schüler sollen also fürs Land die Laborratten spielen.

„Erst sollen wir unsere Kinder über Schäden durch Alkohol und

Drogen aufklären. Und jetzt wird ihnen schon in der Schule Alkohol von Lehrern angeboten!“, so eine erboste Mutter.

Einverständniserklärung

Ich wurde über den Ablauf des Präventionsprogramms „Lieber schlau als blau“ informiert und hatte ausreichend Gelegenheit Fragen zu stellen.
Hiermit erkläre ich mich damit einverstanden, dass meine Tochter / mein Sohn

(Vorname) (Nachname)

am Präventionsprogramm „Lieber schlau als blau“ / Evaluation teilnimmt.

Meine Tochter/Sohn darf während des Trinkexperiments unter Aufsicht Alkohol trinken.

Ja Nein

Hinweise für das Trinkexperiment

Unter 18 jährige Jugendliche dürfen keine harten Alkoholoika /Alkopops trinken, unter 16 Jahre alte Schüler/innen sollten zudem maximal 3 TE trinken.

Mein Kind darf während des Trinkexperiments maximal (bitte zutreffendes ankreuzen)

1TE 2TE 3TE 4 TE konsumieren.

Information: Was ist eine Trinkeinheit (TE)?:

Bier Glas/Fl. à 0,33 Liter = (1TE)

Bier/Flasche à 0,5 Liter = (2 Trinkeinheiten)

Wein/Sekt Glas à 0,2 Liter = (1TE)

Biermixgetränk Glas/Flasche à 0,5 Liter = (1TE)

Alkopops Glas/Flasche à 0,33 Liter = (1TE)

Harte Alkoholoika Glas à 0,04 Liter (doppelter Schnaps) = (1TE)

Mein Kind leidet unter keinen Erkrankungen / nimmt keine Medikamente.

Mein Kind leidet unter folgenden Erkrankungen / nimmt folgende Medikamente:

Ich werde mein Kind um ____ Uhr persönlich abholen.

Diese
Einverständniserklärung
sollten die Eltern
unterschreiben (zum
Vergrößern anklicken).

Auch die Krankenkasse (DAK) meldet Bedenken an. Rüdiger Scharf, Sprecher der DAK ist empört: „Kinder sind keine Versuchskaninchen“, so etwas ginge auch ohne Alkohol. Bei einem ähnlichen Projekt der DAK bekämen die Probanden eine Rauschbrille aufgesetzt, die einen hohen Promillepegel simuliere, erklärt Scharf.

Laut den Verantwortlichen diene dieses gemeinsame schulische Besaufen auf Kommando dem „verantwortungsvollen Umgang mit Alkohol“.

In der Regel sind Schüler der 9. Klasse 14 oder 15 Jahre alt, einige davon haben noch nie Alkohol getrunken. Auch sollte man wohl bedenken, dass gerade bei Jugendlichen der Gruppenzwang sehr groß ist und vielleicht einige auch gegen den Willen ihrer Eltern (mit gefakten Unterschriften) am Projekt

teilnehmen werden, um nicht als das Weichei der Klasse dazustehen.

Schülern dieses Alters inmitten des Klassenverbandes mehr als eine Flasche Wein oder mehr als einen Liter Bier anzubieten grenzt an Körperverletzung und Missbrauch von Schutzbefehlen. Als nächstes werden dann vielleicht „zur Prävention“ Haschkekse, Joints oder als weiterführender Unterricht eine kurze Koksline angeboten. Alles für die Ideologie. Na dann: Prost-Mahlzeit! (lsg)

Kontakt:

Oberschule Templin

Schulleiterin: Barbara Liedtke

Dargersdorfer Straße 14, 17268 Templin

Tel.: 03987 40295

Mail: Oberschule-Templin@t-online.de

(Hinweis an unsere Leser: Wir bitten Sie bei Schreiben an die Kontaktadresse, trotz aller Kontroversen in der Sache, um eine höfliche und sachlich faire Ausdrucksweise.)



Geschlossene Häfen ein voller

Erfolg

Von CHEVROLET | Die Grenzen dicht machen? Geht nicht, bringt nichts, belehrt uns gebetsmühlenartig die allwissende und sich über alles hinwegsetzende Kanzlerin. Bringt nichts? Stimmt nicht, bringt doch was!

Das bestätigt jetzt die europäische Grenzschutzagentur Frontex, die allerdings kaum Grenzen schützt, sondern tatenlos zuschaut, wie die Massen von All-Inclusive-Versorgung suchenden Moslems in die EU und natürlich vorwiegend nach Deutschland einfallen.

Wie die italienische Zeitung [„Il Giornale“](#) berichtet sank die Zahl der sogenannten Flüchtlinge, die zur Landnahme den Seeweg über das Mittelmeer wählten von 118.962 im Jahr 2017 auf 23.276 im vorigen Jahr. Das ist ein Rückgang von erfreulichen etwa 80 Prozent seit die neue italienische Regierung aus Matteo Salvinis „Lega“ und der „Fünf Sterne“-Bewegung an der Macht ist, die von den linksstehenden Politikern in Deutschland und der EU als rechtspopulistisch diffamiert wird.

Salvinis Strategie, die Häfen des Landes für Illegale und aus angeblicher Seenot geretteter Personen zu schließen, wirkt also. So wenige „Flüchtlinge“ wie seit 2012 nicht traten die Seereise nach Italien an. Stattdessen wichen sie und ihre Schlepper und „Rettungsschiffe“ nach Spanien aus. Dort stieg die Zahl der fröhlich ankommenden vorwiegend Afrikaner von 2017 auf 2018 um 157 Prozent.

Der Vizepräsident des italienischen Senats, Roberto Calderoli, selbst Mitglied von Salvinis „Lega“-Partei, sagte, auch wenn der Frontex-Report nicht ausdrücklich Salvini erwähne, sei es aber der klare Beweis dafür, dass diese höchst erfreuliche Entwicklung der Politik des italienischen Innenministers zu verdanken sei.

Dadurch seien auch Menschenleben gerettet worden, denn die

Frontex-Zahlen belegten, dass die Zahl der von Libyen aus in See stehenden illegalen Einwanderer um 87 Prozent gesunken sei. Trotz aller Wassertaxis von mit den Schlepperbanden zusammenarbeitenden Hilfsorganisationen ist die Überfahrt immer noch nicht ganz ungefährlich, doch wer gar nicht erst in Libyen ablegt, kann auch nicht ums Leben kommen.

Die linken Vorgängerregierungen hätten 600.000 Einwanderer nach Italien geholt, „jetzt erleben wir, dass die Invasion gestoppt ist. Und das hat Salvini geschafft“, so Calderoli.

Eine weitere erfreuliche Nachricht enthält der Frontex-Bericht: Im Januar 2019 sank die Zahl der illegalen Einreisen nach Italien um 95 Prozent im Vergleich zum Vorjahr, das ja deutlich unter 2017 lag.



Schüler über Islamkunde: „Dazu werden wir gezwungen!“

Von EUGEN PRINZ & MICHAEL STÜRZENBERGER | Immer mehr Eltern stehen der Islamkunde im Religions- oder Ethikunterricht ihrer Kinder ablehnend gegenüber, sei es aus christlicher Überzeugung oder kritischer Einstellung gegenüber diesem Glauben, der sich in Deutschland mehr und mehr ausbreitet.

Obwohl sich PI-NEWS die Wortwahl des Vaters in dem Video oben nicht zu eigen machen würde, ist der Ärger des

Erziehungsberechtigten darüber, was sich sein Sohn da einprägen muss, nachvollziehbar. Im Video sind aber aus Schutz für den Vater die Bemerkungen unkenntlich gemacht.

Die Betonung für den nicht-moslemischen Sohn liegt auf „muss“. Denn obwohl es Teil der Glaubensfreiheit sein sollte, religionsbezogene Lehrinhalte nicht aufoktroyiert zu bekommen, ist die aktive Teilnahme an der Islamkunde dennoch Pflicht. Und aktiv heißt, die Kinder müssen die Grundlagen der islamischen Lehre in ihre Schulhefte schreiben und diese lernen, darunter auch das Glaubensbekenntnis der Muslime: *“Es gibt keinen wahren Gott außer Allah, und Muhammad ist der Gesandte Gottes.”*

Ein Satz genügt und man ist Muslim

Hierzu muss man [wissen](#), dass eine Person zum Islam konvertiert ist, sobald sie dieses „Schahada“ genannte Glaubensbekenntnis mit Überzeugung und Verständnis der Bedeutung ausgesprochen hat. Ja, so einfach ist das. Kein Wunder, dass viele gläubige Christen ihre Kinder dieser Gratwanderung nicht aussetzen wollen.

Hinzu kommt noch, dass die aus westlicher Sicht kritikwürdigen, hochproblematischen und brandgefährlichen Seiten des Islams im Unterricht der Grundschüler vollkommen ausgeblendet werden.

Die Schüler bekommen hingegen ein schöngefärbtes Bild über diese in weiten Teilen faschistische Ideologie aufgezwungen. So wird der Koran als völlig harmlos dargestellt. Da er in arabischer Sprache verfasst und die Suren in Versen geschrieben sind, sei es „schwierig, ihn zu übersetzen“. Daher lernten Moslems oft die arabische Sprache, „um ihn lesen zu können“. Zu den Inhalten heißt es wörtlich:

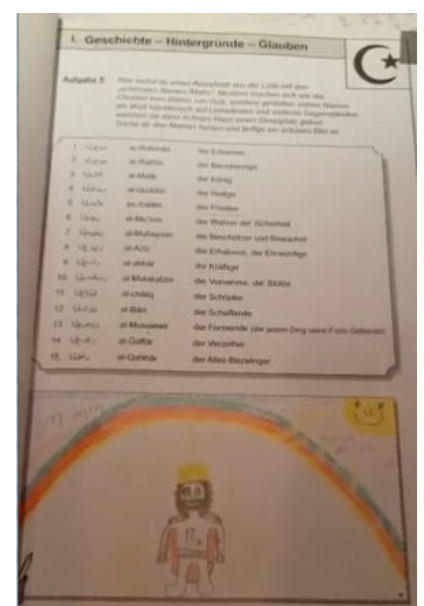
„Im Koran werden Geschichten von der Schöpfung der Welt und Geschichten von dem Propheten erzählt. Er enthält aber auch Regeln für das religiöse Leben und den Alltag. So gibt es zum

Beispiel Speisevorschriften, Regeln für die Eheschließung und das Zusammenleben der Menschen. Manchmal ist es schwierig zu verstehen, wie ein Text im Koran gemeint ist. Deshalb gibt es unterschiedliche Auslegungen des Korans.“

Kein Wort über die vielen Gewalt-, Kampf-, Kriegs- und Tötungsbefehle, keine Bemerkung über die christen- und judenfeindlichen Diffamierungen und die brutalen Strafen. Den Kindern wird in völlig verantwortungsloser Weise ein rosarotes Wohlfühlbild vom Islam vermittelt.

Allah, von dem all diese brandgefährlichen Befehle wörtlich stammen, wird als der „Erbarmer“, „Barmherzige“, „Heilige“, „Beschützer“, „Bewacher“, „Erhabene“, „Ehrwürdige“ und „Verzeiher“ beschrieben. Dies ist eine überaus nette Auswahl von den 99 Bedeutungen, die es im Islam für Allah gibt, die noch dazu aus Sicht von Nicht-Moslems geradezu grotesk erscheinen, denn der moslemische Gott ist schließlich der kompromisslose und rachsüchtige Feind aller Andersgläubigen.

Aber jetzt der Höhepunkt der Indoktrination: Die Schulkinder sollen sich drei der ausgewählten Namen herausuchen und ein „schönes Bild“ von Allah malen!

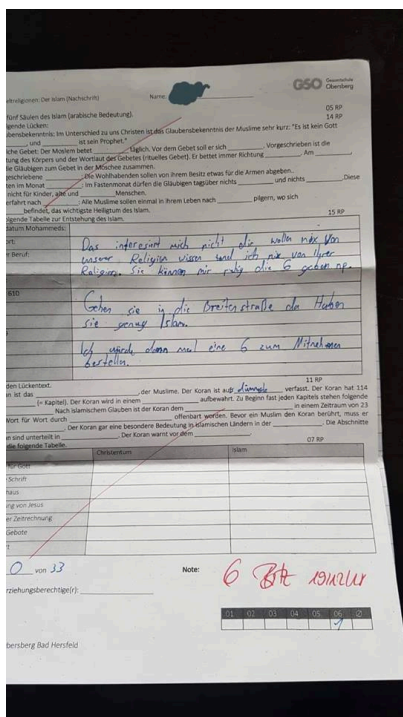


In einer Zeit, in der immer mehr Moslems in Deutschland leben,

macht es zwar in einem zivilisierten, aufgeklärten Land durchaus Sinn, die Kinder über den Islam zu informieren. Zu diesem Zweck sollte aber eine halbe Schulstunde völlig ausreichen. Und dann bitte nicht nur die „weichgespülte“ Fassung, denn auch das abwertende Frauenbild dieser Religion und seine völlig intolerante Einstellung zu Homosexuellen gehören zur Wahrheit.

„Klimahelden“ und Quertreiber

Kindermund tut Wahrheit kund: „Dazu werden wir gezwungen“, beschwert sich der Grundschüler zurecht in dem Video und auch sonst spricht Weisheit aus ihm: „Die müssen was über uns erfahren und nicht wir über die!“ Wo er Recht hat, hat er Recht.



In die selbe Kerbe schlägt ein anderer Schüler aus der Gesamtschule Obersberg, der anlässlich eines Leistungstests im Islamkundeunterricht der Lehrkraft auf dem Prüfungsbogen folgendes beschied:

„Das interessiert mich nicht die wollen nix von unserer Religion wissen und ich nix von Ihrer Religion. Sie können mir ruhig die 6 geben.“ Dann wird er noch deutlicher: „Gehen sie in die Breitenstraße da Haben sie genug Islam“. Die Beantwortung der Fragen beendet er mit einem humorvollen „Ich würde dann mal eine 6 zum Mitnehmen bestellen“ (sic).

Eine Frage beantwortete der Schüler aber dann doch: Bei dem

Punkt „Der Islam ist auf verfasst“ fügte er ein: „Der Islam ist aufs **dümmste** verfasst“.

Wie nicht anders zu erwarten, zeigte sich die Lehrkraft humorlos und gab ihm eine „6“. Ja, es ist eben ein Unterschied, ob man jeden Freitag die Schule schwänzt, um für das „Klima“ zu demonstrieren oder ob man Zivilcourage zeigt und auf diese Weise gegen die Islamkunde im Unterricht protestiert. Die einen sind die Medienhelden, die Guten, der ach so hoffnungsvolle Nachwuchs – die anderen sind die Quertreiber, die bösen Islamhasser, deren Zivilcourage im Keim erstickt werden muss.

Religionslehrerin rollt den Gebetsteppich aus

An der 4. Klasse einer oberbayerischen Grundschule ging eine katholische Religionslehrerin im Unterricht sogar so weit, einen Gebetsteppich – nach Aussage der Lehrkraft ihr Eigentum – nach Osten auszurichten, auszurollen und die Gebetshaltung einzunehmen. Der Koran und eine *Mishbaha* (islamische Gebetskette) bestehend aus 99 Perlen, waren weitere Requisiten bei dieser bizarren Veranstaltung. Die Lehrerin ließ die Gebetskette durch die Hand gleiten und sagte: „Das sind die 99 schönen Namen für Allah, die wir schon durchgenommen haben. Ich war übrigens schon oft in einer Moschee. Da ist es wunderschön. Alle Leute sind da sehr nett.“

Die Autoren sind der Meinung, dass das kein Unterricht mehr ist, sondern schon Missionierung.

So ändern sich die Zeiten: Vor 1000 Jahren schickte die Kirche den Moslems noch die Kreuzritter auf den Hals, heute rollt sie ihnen den roten Teppich aus.

Jetzt ist die AfD gefordert. Politisches Ziel dieser Partei muss es sein, dass kein Kind mehr gezwungen werden darf, ein Glaubensbekenntnis auswendig zu lernen, aufzuschreiben oder aufzusagen, das nicht seiner Konfession entspricht. Außerdem muss der Islam im Unterricht, wenn es denn schon sein muss, so

dargestellt werden, wie er ist und nicht, wie die Gutmenschen ihn gerne hätten.

Der Europawahlkampf eignet sich hervorragend für dieses Thema, auch wenn Bildungspolitik Ländersache ist und mit Europa nichts zu tun hat. Den Wählern ist das egal und die etablierten Parteien werden ordentlich ins Schwitzen kommen.

Leseraktion von PI-NEWS

Um das Thema offensiv anzugehen, ruft PI-NEWS eine Aktion ins Leben: Eltern, Schüler UND Lehrer sind aufgerufen, Fotos und Videos von Passagen aus den Schulheften oder Leistungstests zu übersenden, aus denen hervorgeht, dass die gefährlichen Inhalte des Islams unterschlagen werden. Auch das Verlangen der Niederschrift des islamischen Glaubensbekenntnisses ist von Interesse. Hintergrundinformationen, wie die Art der Aufbereitung des Lehrinhalts durch die Lehrkraft und ob der vermittelte Stoff mündlich oder in schriftlichen Proben abgefragt wurde, sind ebenfalls relevant.

Selbstverständlich werden alle persönlichen Daten vertraulich behandelt. Das Einverständnis zur Veröffentlichung des Materials ist allerdings Voraussetzung. Genannt wird später nur das betreffende Bundesland; die Schule nur auf Wunsch des Einsenders.

Einsendungen bitte an info@pi-news.net



AfD will „Flüchtlingsbürgen“ zur Kasse bitten

Von LUP0 | Wer die Musik bestellt, der muss sie auch bezahlen. Was im Volksmund einfach und selbstverständlich klingt, wird jedoch im Merkel-Deutschland für gewöhnlich ad absurdum geführt, wenn es um Zuwanderung geht und das Siegel des Gutmenschlichen trägt. So wurde die Beitreibung der Kosten für einreisende Syrer, für die sich deutsche Gutmenschen ab 2013 verbürgt hatten, von SPD-Sozialminister Hubertus Heil zunächst mal ausgesetzt, als es ums Zahlen ging. Die AfD will aber, dass die „Flüchtlingsbürgen“ ohne schuldhaftes Verzögern zur Kasse gebeten werden.

Im Bundestag sprach AfD-Abgeordnete René Springer am Donnerstag zu später Stunde Tacheles. Es ginge im Moment um mindestens 2500 Erstattungsbescheide über eine Gesamtsumme von 21 Millionen Euro, betonte Springer. Und das sei vermutlich erst die Spitze des Eisberges. Springer: „Wer jetzt glaubte und hoffte, dass die Bescheide unter der Führung des SPD-Ministers nun auch vollstreckt werden, der glaubt auch noch das Märchen, dass die SPD eine Volkspartei ist und Politik im Interesse der Bürger und Steuerzahler macht.“

Viele Bürgen wollten nicht zahlen, als ihnen die Rechnung der Jobcenter ins Haus flatterten. Springer: „Wie so oft in den letzten Jahren, zerplatzt die gesinnungsethische Seifenblase der Willkommensklatscher und Premiumhelfer beim ersten Kontakt mit den ökonomischen Konsequenzen.“

Steuerzahler soll für Gutmenschen blechen

Der AfD-Abgeordnete sprach die Befürchtung aus, dass die Beitreibung der Kosten nicht nur angehalten, sondern vollkommen niedergeschlagen würde. Darauf deute eine Erklärung des SPD-Innenministers Boris Pistorius aus Niedersachsen hin,

der am 24. Januar verlauten ließ, dass es nicht mehr zur einer Erstattungspflicht für Bürgen kommen wird. Das bedeute: die Kosten privater Flüchtlingsbürgschaften würden auf die Steuerzahler abgewälzt. Eine solche Klientelpolitik es mit der Rechtsstaatspartei AfD nicht geben.

Laut Springer verbiete dies das Haushaltsrecht, bestehende Bürgschaftsforderungen allein aus politischem Kalkül heraus zu erlassen. Gleiches gelte für die Aussetzung der Vollstreckung. Falls Flüchtlingsbürgen im Einzelfall falsch beraten worden seien und das Risiko nicht überschauen konnten, sei die Prüfung die Aufgabe der Behörden und Gerichte. Dort werde entschieden, und nicht im Hinterzimmer des Sozialministers.

Springer in Richtung Bundesregierung: „Holen Sie unser Steuergeld von den Flüchtlingsbürgen zurück: Cent für Cent.“

Opa bürgt für vier Syrer

Dies wird im Fall eines 80jährigen Mannes aus Uelzen nicht mehr gelingen, der 2014 gleich für vier Syrer gebürgt hatte und 80.000 Euro an das Jobcenter zahlen soll. Hier haben die gutmenschlichen Gerichte schon Recht gesprochen und die Unwirksamkeit seiner Verpflichtungserklärung festgestellt.

Die Vorlage der AfD wurde an die zuständigen Ausschüsse überwiesen. Den Redebeiträgen der Altparteien zufolge, ist mit großzügigster Verfahrensweise im Umgang mit den leichtfertigen Bürgschaften zu rechnen. Zwischen Bund und den meistbetroffenen Ländern Niedersachsen, NRW und Hessen gibt es bereits Einigung, wonach bei Altfällen die Bürgen die Kosten für drei Jahre selbst tragen müssen, teilte die SPD-Abgeordnete Gabriela Heinrich mit. Sofern nicht andere Gründe wie Einzelfallprüfung, „falsche“ Beratung usw. greifen.

Bilanz der vormitternächtlichen Talkrunde am Donnerstag im Bundestag: Der steuerzahlende Michel wird's schon richten. Gute Nacht Deutschland!



Pädophilen-Skandal in Lügde: AfD fordert Untersuchungsausschuss

Zu den ungeheuerlichen neuerlichen Schlampereien im Pädophilen-Skandal von Lügde mit einem Massenansturm von missbrauchten Kindern gibt es in NRW erste politische Reaktionen. Die AfD-Fraktion im Landtag fordert jetzt einen Untersuchungsausschuss.

[Wie am Donnerstag bekanntgeworden war](#), sind bei der ermittelnden Polizei in Lippe mindestens seit dem 30. Dezember wichtige Beweismittel verschwunden. Nordrhein-Westfalens Innenminister Herbert Reul gestand „Polizeiversagen“ ein.

Der AfD-Fraktionsvorsitzende Markus Wagner, gleichzeitig innenpolitischer Sprecher seiner Partei im Landtag, [zeigte sich entsetzt](#): „Diese barbarischen Verbrechen, deren vollen Umfang wir bis jetzt ja noch gar nicht kennen, machen mich einfach nur fassungslos. Wir können die Taten nicht mehr rückgängig machen, auch das Leid der Opfer können wir nicht lindern – das Mindeste jedoch, das wir tun können und müssen, ist eine rückhaltlose, vollständige Aufklärung; das sind wir diesen Kindern schuldig!“

Ein an diesem Freitag im NRW-Parlament von den Altparteien

eingebraachter Antrag zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Missbrauch ist den Alternativen nicht genug. Wagner: „Ein Parlamentarischer Untersuchungsausschuss hat sehr weitreichende Möglichkeiten und ist daher geeignet, nicht nur gemachte Fehler aufzudecken, die Verantwortlichkeiten zu benennen und in der Konsequenz eine lückenlose Aufklärung zu unterstützen, er kann darüber hinaus wichtige Hinweise geben, die uns helfen, solche abscheulichen Verbrechen in Zukunft zu verhindern.“

Der Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK) sprach laut NDR 1 angesichts der verschwundenen Beweise von einer Katastrophe für das Ansehen der Polizei. „Die Bevölkerung vertraut uns, die Opfer vertrauen uns – und wir haben dieses Vertrauen hier offensichtlich verspielt“, sagte Oliver Huth, Nordrhein-Westfalens Vize-Landesvorsitzender [des BDK im WDR](#). (RB)



Brüssel: Mann beißt Schulschwänzerin

Von JOHANNES DANIELS | Am Rande des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses in Brüssel kam es am Mittwoch zu einem drastischen Vorfall: Eine körperlich zurückgebliebene Schwedin, 16, nannte einen von starken Ischiasleiden und Hirnsausen geplagten älteren Herren „einen Schurken“, worauf ihr „der Mann“ unvermittelt in die rechte Hand biss.

Der Übergriff des Kindesmissbräuchlichen Seniors auf die skandalumwitterte skandinavische Schulschwänzerin ist ein weiteres Fanal maskuliner toxischer sexualisierter Gewalt gegen unsere Kleinsten, die vor allem in den Reihen von gutmenschlichen Institutionen, wie Kirchenverbänden, [NGO's wie Oxfuck](#) oder „[Ärzte ohne sexuelle Grenzen](#)“, linksgrünen Aktivisten wie „[Pädo90/Die Irren](#)“ und bedauerlicherweise auf EU-Ebene immer weiter um sich greift. Um-[Volker Beck](#) und [EU-Hosenlatz-Aktivst Daniel Cohn-Bendit](#) sind nur die Spitze eines Eisbergs, der sich bis in die höchsten „EU-Greise“ geriert.

Klima-Pippi: EU-Protagonisten „größte Schurken aller Zeiten“

Zuvor bezeichnete die präpotente Polemik-Pippi allerdings den verbal und gesundheitlich angegriffenen EU-Politiker und seine Spießgesellen als „[größte Schurken aller Zeiten](#)“. Handelte der vom kruden Kleinkind attackierte EU-Kommissionspräsident in Notwehr – in Sorge um den „guten Ruf“ der roten Europäischen Kommissare? Plagte den Senior (Spitzname „J.-C. Junckie“) ein Alkoholproblem, das immer dann auftritt, wenn kein Alkohol in ausreichender Menge in seiner Nähe verfügbar ist?

Daran konnte es mit hochprozentiger Wahrscheinlichkeit nicht liegen. Das unselige Aufeinandertreffen von Ischias-Nerv-Jean mit der ~~Nervziege~~ der Asperg-geplagten Klimaaktivistin mit den völkischen Flechtzöpfen fand direkt im „Charlemagne-Gebäude“ der EU-Kommission in Brüssel statt.

Ganz in der Nähe des „Dom-Charlemagne-Champagner-Doms“, direkt unter dem Brüsseler Justus-Lipsius-Gebäude, lagern wohltemperiert über [16.000 Flaschen Wein und 1.000 andere](#) hochgeistige EU-Flaschen – aus den persönlichen steuerfinanzierten Vorräten der „Europa-Funktionäre“. Wohl auch, um das Weinkulturgut vor den Folgen eines drastischen Klimawandels zu schützen. Damit zu jedem „Europa-Dinner“ das passende Getränk auf den Tisch kommt, hält sich der EU-Rat einen eigenen gutsortierten Weinkeller.

Diplomaten in Brüssel fragen sich allerdings in großer Sorge, was im Falle eines harten [Brexit](#)s mit dem britischen Getränkeanteil und den anderen Flaschen wird. Anschauen oder gar fotografieren kann man die Schnapsdrossel-Katakomben nicht – das gilt für das ganze Depot, der Rat hält auf Experten-Rat die Kellertüren geschlossen. Über 50.000 EU-Flaschen lagern auch gut temperiert über der Erdoberfläche in der kapitalvernichtenden EU-Kapitale.

Bei der sonst „gelungenen“ Veranstaltung mit dem EU-Kommissionspräsident trat das krakeelende Klima-Fischstäbchen Greta Thunfisch mit weiteren schulschwänzenden belgischen Jugendlichen der [europaweiten Protestbewegung „Fridays for Future“](#) auf – obwohl doch erst Mittwoch war. Ist „Mittwoch“ das neue Freitag, oder schwänzt sie jetzt ständig die Schule? Die zwergwüchsige Indoktrinations-Ikone der Klima-Sekte ist auch sonst zu Höherem berufen.

Der sozialdemokratische Belgier Karl-Heinz Lambertz, Präsident vom „Ausschuss der Regionen“, versuchte nach der Beißattacke die wallenden Wogen zu glätten. Er teilte dem Publikum ergriffen mit, er fühle sich „außerordentlich geehrt und sehr berührt“, dass er nach Treibhaus-Greta sprechen dürfe.

Die sprechende Horror-Puppe hielt nichts auf die schleimigen Komplimente des ältlichen Ausschuss-Galans: „Wir wissen, dass die meisten Politiker nicht mit uns reden wollen. Gut. Denn wir wollen auch nicht mit ihnen reden. In dem politischen System, das Sie aufgebaut haben, geht es nur um Wettbewerb. Sie betrügen, wenn Sie können, denn das einzige, worauf es ankommt, ist es, zu siegen und Macht zu bekommen. Das muss enden“.

Merkel: Putins Kriegsführung steckt hinter den „Klima-Schwänzenden“

Währenddessen mutmaßte Bundeskanzlerin Angela Merkel, dass es „äußere Einflüsse“ für die internationale Unterrichts-

Verkürzungs-Bewegung geben müsse. Damit spielte sie auf die „hybride Kriegsführung Russlands“ an, die gezielt auf Propaganda und Desinformation setze. „Dass plötzlich alle deutschen Kinder – nach Jahren ohne jeden äußeren Einfluss – auf die Idee kommen, dass man diesen Protest machen muss, das kann man sich auch nicht vorstellen“, betonte das Merkel und sorgte mit dieser Aussage für Verwunderung.

„Das ist der Versuch, abzulenken von der Klimakrise“, so die psychisch verwirrte El-Niño-Windmühlen-Bekämpfende. Aber die Klima-Kanzlerin habe ihr bestimmt nicht unterstellen wollen, [dass sie eine russische Spionin sei](#), denn Merkel ist bekanntlich eine ehrenwerte Frau.

Bekommt der – nicht nur gegenüber [dem weiblichen Geschlecht](#) – unberechenbare #metoo-EU-Potentat nun einen Beißkorb oder zumindest einen durchaus angebrachten Maulkorb? Muss er künftig angeleint werden oder soll er gleich von allen schweren Leiden erlöst werden? PI-NEWS wird weiter mutig über frappierenden Kindesmissbrauch und EU-Exzesse „auf europäischer Ebene“ berichten.

Darauf einen „Dujardin“.



Bundestag: Rotgrüne Tumulte

bei Bystron-Rede

Von JEFF WINSTON | Bei der heutigen Rede von Petr Bystron, AfD-Obmann im Auswärtigen Ausschuss, zum Thema „Feministische Außenpolitik“ kam es wiederum zu erheblichen Tumulten im Parlament, ausgerechnet von amtsbekannten Kämpfer*Innen für so genannte internationale Frauenrechte.

Als Bystron den Antrag der abgebrochenen „Theaterwissenschaftlerin“, „Iran-Expertin“ und Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth, die vorsorglich auch gleich den Sitzungsvorsitz über die Debatte übernahm, kritisierte, reagierte diese mit nacktem Entsetzen und Drohungen. Vielfache krakeelende Zwischenrufe aus dem linksgrünen Lager versuchten zudem, Bystrons Ausführungen zu unterminieren.

Bystron stellte die von Roth postulierte politisch „strukturelle Diskriminierung von Frauen und Mädchen weltweit“ zunächst in Frage. Gerade in einem Parlament, in dem seit 13 Jahren eine Frau als Bundeskanzlerin regiere, könne von antifeministischer Diskriminierung keine Rede sein und verwies auf das Grundgesetz. „Vom wem wird Angela Merkel denn strukturell diskriminiert und an der gleichberechtigten politischen Teilhabe gehindert?“, fragte Bystron süffisant: „Von Helmut Kohl, Roland Koch, Friedrich Merz, Christian Wulff oder Wolfgang Schäuble?“

„Es gibt Länder, in denen Frauen durch mittelalterliche patriarchalische Strukturen gehindert und unterdrückt werden. Es sind alles islamische Länder, und das verschwiegen Sie in Ihrem Antrag – das passt nicht zu Ihrer Ideologie“, so Bystron: „Sie selbst, Frau Roth haben Ihren Antrag völlig wertlos gemacht, indem Sie sich im Iran diesen Strukturen unterworfen haben“.

Erster Zwischenruf-Eklat.

Bystron: „Es sind Diskussionen im Gang, dass Sie dieser Rolle in diesem Hause nicht gewachsen sind ...“

Weitere Tumulte brechen aus.

Claudia Roth: „So, wir werden diese Äußerung von Herrn Bystron selbstverständlich im Ältestenrat befassen, wer hier würdig oder unwürdig ist.“ (Zitat der abgebrochenen Theaterwissenschaftlerin)

Bystron weiter: „Sie selbst, Frau Roth haben diesen Antrag komplett wertlos gemacht, indem Sie im Iran mit den Mullahs paktierten. Das ist ‚Feministische Politik‘ à la Claudia Roth“.

Dieser Antrag sei ein „Missbrauch des Parlaments für kulturmarxistische Propaganda“. Bystron: „Frau Roth, Sie wollen einen Paradigmenwechsel? Die Alt-68-er haben in den letzten Jahren genug Schaden angerichtet. So wie Frau Merkel Europa spaltet, spalten Sie die Gesellschaft. Sie hetzen Frauen gegen Männer auf, Homosexuelle gegen Heteros, Weiße gegen Schwarze, Behinderte gegen Nicht-Behinderte. Das lassen wir uns nicht mehr von Ihnen gefallen,“ so der Münchner Bundestagsabgeordnete couragiert.

„Wir brauchen keine Spaltung, wir brauchen keine Quoten“. Bystron: „Wir brauchen einen Staat, der die Interessen aller Bürger vertritt. Wir brauchen daher eine verantwortungsvolle Außenpolitik für alle Bürger dieses Landes und am meisten für einen Bürger, für Billy Six, den Sie derzeit im [venezolanischen] Gefängnis verrotten lassen“.

Bystron schloss seine Rede mit: „Frau Roth, ich spreche daher für jeden einzelnen unserer Wähler – acht Millionen Wähler lehnen Ihren Antrag geschlossen ab.“



Warum der radikale Islam in Zentralasien keine Chance hat

Von DR. VIKTOR HEESE | Viele fragen sich, warum in [Zentralasien](#) trotz der Nähe zu Afghanistan und Pakistan der Islam (noch?) so „friedlich“ ist. Von hier gehen zunächst keine radikal-islamischen Gefahren aus. Dieser überraschende Befund widerspricht nicht dem Fakt, dass ausgewanderte muslimische Usbeken, Kirgisen oder Kirgisen im Ausland [viele Attentate verübt haben](#). Dies würde ihnen in der Heimat nicht gelingen. Der radikale Islam ist nicht an die Nationalität gebunden, wie es die aktuelle Diskussion um deutsche IS-Kämpfer in Syrien zeigt.

Was berichten die Systemmedien über die Region?

Zentralasien steht nicht im Fokus der Westmedien. Berlins Wertebrylle sieht auch dort Demokratiedefizite, gelenkte Diktaturen, Menschenrechtsverletzung und polizeistaatliche Unterdrückungen. Beklagt wird, dass Autokraten ständig mit über 90 Prozent zu Präsidenten (wie die Bundespräsidenten) gewählt werden. Auch die Annäherung an Russland und China gefällt nicht. Andererseits gibt es Lob, weil der radikale Islam unter Kontrolle gehalten wird und die Länder uns im Kampf gegen Terrorismus und Drogenhandel unterstützen. Bei der Bewertung nationaler und ethnischer Konflikte hält man sich zurück. Es gibt weder „Böse“ noch „Gute“. Ökonomisch wird auf

den Drahtseilakt zwischen den Beziehungen zu Russland/China und der EU hingewiesen. Man akzeptiert, dass die lokalen Machthaber mit Doppelstrategien das Beste für ihre Staaten herauszuholen versuchen.

Die Interessen Russlands, Chinas und der Anrainerstaaten

In Mittelasien leben acht Millionen Russen, gut situiert und oft in gehobenen Positionen. Umgekehrt arbeiten Millionen Zentralasiaten in Russland. Die politischen, militärischen und ökonomischen Bindungen (siehe [Eurasische Wirtschaftsunion](#)) gestalten sich partnerschaftlich. Sie zeigen, dass es keine feindlichen Spannungen zwischen Russland und den Ex-Sowjetrepubliken geben muss, wenn sich der Westen nicht einmischt (Ukraine, Baltikum, Moldawien). Die Neue Seidenstraße ist das Vorhaben, das wiederum für China neue Routen für die Energieversorgung und Absatzmärkte schaffen soll. Mit dem Iran als seinem größten Erdöllieferanten baut das Reich der Mitte die Wirtschaftsbeziehungen trotz Trump massiv aus, was später den Bau neuer Landverbindungen und Pipelines über Tadschikistan und Usbekistan impliziert (Kaschgar – Meschhed). Peking hat dafür die [Asian Infrastructure Investment Bank](#) ins Leben gerufen, die als Gegenmodell zum westlich beherrschten IWF fungieren soll.

Der Blick durch die ökonomische Brille eines Westbesuchers

Zentralasien ist politisch und ökonomisch sehr inhomogen. Allein beim BIP pro Kopf liegen Welten: Während das rohstoffreiche Kasachstan mit 26.000 US-Dollar weltweit Platz 57 einnimmt, liegt der arme Nachbar Kirgisistan auf Platz 150. Dem Westbesucher fallen noch andere ökonomische Besonderheiten auf.

1. „Sanfter Islam“ leistungsfördernd

Der in Zentralasien gelebte liberale Islam überrascht. Wenige Moscheen und Koranschulen, junge Frauen in westlicher Kleidung und unverschleiert, großes Alkoholangebot, religiöse Toleranz

gegenüber Christen – nach 1991 wurden dort viele Kirchen gebaut – fallen positiv auf. Mehr arbeiten, weniger beten, hieß die Devise zu Sowjetzeiten, die noch heute gilt. Wenngleich Dynamik, Leistung oder Ordnungsliebe in der Region nicht gerade erfunden wurden, geht vieles schneller voran als z.B. im überbürokratisierten Indien.

2. Grundsteine für eine Marktwirtschaft erkennbar

Das Straßennetz ist ein guter Indikator für den Entwicklungsstand eines Schwellenlandes. Besonders in Usbekistan lässt sich eine hektische Bautätigkeit beobachten (Stichwort Asia Highway). Usbekistan besitzt im Vergleich zu den Nachbarn neben bedeutsamen Rohstoffvorkommen (Gold, Uran, Erdöl und Gas) eine gute Verkehrsinfrastruktur, die aus Exporterlösen finanziert wird. Die Voraussetzung für die Schaffung marktwirtschaftlicher Verhältnisse ist damit gegeben – gäbe es nur den politischen Willen. Jedoch stören autokratische Lenkungsstrukturen, eben der träge „Kapitalismus von oben“, den effizienten „Kapitalismus von unten“. Volkswirtschaftliche Vorhaben haben Priorität, der Binnenmarkt muss warten. Eine Konsumgesellschaft lässt sich eben „schwieriger regieren“ als eine Produzentengesellschaft – das weiß man sowohl in Moskau als auch in Taschkent. China baut in Tadschikistan Autobahnen. Das Land bleibt dennoch das „Armenhaus“ der Region. Das hat etwas mit dem dort strengeren Islam zu tun.

3. Überbevölkerung – Türkei, Russland und EU beliebte Migrationsländer

Die Millionen Gastarbeiter in Russland und in muslimischen Ländern sind das Ergebnis der hiesigen Massenarbeitslosigkeit. Zentralasien zeichnet eine junge Demographie und Überbevölkerung aus – hier leben über 70 Millionen Menschen -, die sich ökonomisch nachteilig auswirkt. Die reicheren Staaten der Region steuern gegen und richten bescheidene Sozialsysteme ein. Selbst Familienplanung scheint in der Gegend angekommen

zu sein. Usbeken und Tadschiken sind für hohe Geburtenüberschüsse bekannt.

Den Migranten fehlt der Glaube an die Schaffenskraft ihrer Heimatländer – ein schlechtes Zeichen für die Zukunft. Weil sie aber in Russland diskriminiert und ausgebeutet werden, träumen nicht wenige von der EU und Deutschland. Auch die sprachverwandte Türkei ist beliebt, wenngleich man dort wenig verdienen wird. In die religiös verwandten Golf-Staaten kommt dagegen niemand. Die reichen Glaubensbrüder ziehen es vor, Millionen für den Bau von Moscheen zu spenden. Die von Katar gebaute Große Moschee in Duschanbe ist das imposanteste muslimische Bauwerk der Neuzeit in der Ex-Sowjetunion.

Die guten Russisch-Kenntnisse vieler junger Leute, die es freiwillig lernen, wundern in diesem Kontext nicht. Denn mit den Touristen aus dem Norden lassen sich gute Geschäfte machen. Gebürtige Russen trifft man oft in Manager-Positionen in Banken und Hotels. Leistung kennt eben keine nationalen Grenzen. Was die Russifizierung im Zarenreich und in der Ex-Sowjetunion war, wird heute durch Freiwilligkeit ersetzt. Warum soll Russisch nicht die Integrationsbrücke bilden?

4. Handelsbilanzdefizit, schwache Währungen und andere Indizien typischer Entwicklungsländer

Importe von Gebrauchsgütern werden als Indikator fehlender industrieller Reife gesehen. Es sei denn, ein superreiches Land – wie die Golf-Staaten – kann sich jeden Luxus leisten. Wer durch die Einkaufszentren zentralasiatischer Großstädte bummelt, merkt, wie wenig vor Ort erstellt wird. Eine wettbewerbswirksame Spezialisierung fehlt, genauso wie das qualitative Humankapital. Dieses Unvermögen liegt an den kleinen Binnenmärkten – Kirgisien und Tadschikistan haben sieben bzw. neun Millionen Einwohner – ein gemeinsamer Markt fehlt wegen der nationalen Feindseligkeiten. West-Investoren meiden noch die Region.

Die zentralasiatischen Währungen haben in den vergangenen fünf Jahren gegenüber dem Euro zwischen zwei und 80 Prozent an Wert verloren. [Währungsreformen waren](#) unabdingbar. Insgesamt haben die Volkswirtschaften der Region bis auf Kasachstan den Abstand zur EU nicht verringern können.

Mit der Seidenstraße als Anziehungsmagnet wundert es, warum Tourismus in den Ländern Zentralasiens immer noch klein geschrieben wird. Zählen doch viele historische und Natur-Sehenswürdigkeiten zum Weltkulturerbe. Dafür gibt es viele Gründe. Es wäre nicht das erste Mal, dass arme Länder, die es „nötig hätten“, diese kostenlosen, natürlichen Einnahmequellen ignorieren.

Fazit: Ob Autokratie, Ökonomisierung und die Nichteinmischung des Westens das Wunderrezept ist, um den radikalen Islam in Schach zu halten, bleibt offen. In Zentralasien scheint das zu klappen. In Syrien und Libyen vormals auch.

(Mehr über die Region im Buch des Autors [„Reise durch Russland und die Ex-Sowjetrepubliken: – aus der Sicht der ökonomischen Brille“](#). Dr. Viktor Heese kommt aus [Masuren](#) und lebt seit über 40 Jahren in Köln. Er betreibt die Blogs [prawda24.com](#) und [finanzer.eu](#))



Akif Pirinçci: Liebe Fatma Aydemir

Von AKIF PIRINCCI | Nach deinen [Fotos im Internet](#) zu urteilen bist du eine wunderschöne Frau. Das ist allerdings leider auch das einzige Kompliment, das ich dir machen kann. Bevor ich auf den Schwachsinn eingehe, den du im Sammelband *“Eure Heimat ist unser Albtraum”* verzapfst und der am 17. Februar im [SPIEGEL-Online voraberschienen ist](#), muß ich es dir klipp und klar sagen: Du kannst nicht schreiben!

Gleichgültig, wie viele Preise du schon für deine Schreibe eingeheimst und welche Stipendien du auch erhalten haben magst, man hat dich zu deinen Gunsten immer verarscht. All das hat man dir nicht deshalb nachgeschmissen, weil du eine tolle Autorin wärest, das ist bei Frauen eh fast nie der Fall, sondern weil der deutsche Kulturbetrieb eine pathologische Obsession zu diesem Ausländer-und-Multikulti-Zeug pflegt, insbesondere was Moslems anbetrifft, und jeden Künstlerimitator mit Orden behängt, der die abgedroschene migrantische Opferrolle bedient. Welche selbstredend außerhalb dieser mit Steuergeldern künstlich durchbluteten Blase völlig wertlos sind.

Betrachtet man deinen Text als eine Fingerübung deines Talents, so besitzt du keins. Er ist ein besserer Schulaufsatz, ohne Esprit, Witz, Pathos, Überraschung, Drive and Flow, originelle Wort- und Formulierungsschöpfungen und schließlich ohne einen eigenen Stil, also ohne alles, was eigentlich in den Werkzeugkasten eines jeden Wortkünstlers hineingehört.

Für die *taz*, die als grün-links versiffte Kolchose so geschmeidig in den Arsch der jetzigen Regierung paßt wie eine geölte Aubergine und offenkundig künftig nur noch von Steuergeldern zu existieren gedenkt und für die du vornehmlich

arbeitest, mag das ja reichen. Die paar Hartzler, BAföG-Empfänger und nach Scheiße stinkende Gammler, die sich dieses Zeckenblatt antun, haben vom kunstvollen Wort eh soviel Ahnung wie Affen von Affenforschung. Aber sonst?

Deshalb solltest du dir ganz fix ein zweites finanzielles Standbein vielleicht in Gestalt eines männlichen Versorgers suchen, solange du noch sexuell attraktiv bist, und ich sage dir auch, warum. Schon morgen nämlich werden jüngere = hübschere Ausländerbonus-Inhaberinnen nachrücken und dir, der alten Ausländer-Platzhirschin, die Arena der Talentfreien streitig machen. Rate mal, an wen die Kohle für solche Qualität-egal-Texte dann fließen wird. Glaub mir, ich, der ich mein Lebtag keinen einzigen Cent vom subventionierten Kulturbetrieb erhielt, habe viele kommen und gehen gesehen.

Soviel zu den väterlichen Ratschlägen. Jetzt zum Inhalt deines Mülls. Am Anfang davon lächelst du darüber hinweg, daß einstmals bei einer Volontariats-Bewerbung eine deutsche Konkurrentin von dir sich über die Angabe "*Bewerber mit Migrationshintergrund bevorzugt!*" in der Ausschreibung beschwert habe. Sie wäre der Meinung gewesen, daß das nicht fair sei.

War es und ist es auch nicht. Was hat Talent und Qualifikation mit Rasse, Ethnie und Nationalität zu tun? Heißt es nicht "*Der Bessere möge gewinnen*"? Am Ende deines Artikels forderst du sogar eine Ausländer-Quote, freilich nicht bei Schrottsammlern, Strichjungen und am Hochofen, sondern bei White-Collar-Jobs bzw. für das Milieu der durch blödes Geschwätz an ein Mittelschichtsgelalt zu gelangenden Nutzlosen, in dem du agierst. Daß du da nicht die Neger, Transen und andere Freaks vergißt, meine Liebe. Es drängen nämlich täglich neue "*Benachteiligte*" in den Quoten-Stall, und nicht jede Null kann ein Türke sein.

(Zum Weiterlesen des Textes [auf der-kleine-akif.de](http://auf-der-kleine-akif.de) klicken)



Der Wahn namens Vereinigte Staaten von Europa

Von DR. MARCUS FRANZ | Besonders modern daherkommende EU-Propagandisten und andere zur Kritik-Unfähigkeit verdamnte und ideologisch verblendete Menschen vertreten die Ansicht, dass eine „Republik Europa“ oder die „Vereinigten Staaten von Europa“ die Lösung aller europäischen Probleme darstellen würden und daher das Ziel aller europäischen Politik sein müssen. Nach ihrer Ansicht könne nur das vereinte Europa die bösen *-ismen* wie etwa den *Nationalismus* oder den *Separatismus* überwinden sowie wirtschaftliche Prosperität, soziale Sicherheit und damit für alle Zeiten Frieden und Wohlstand auf unserem Kontinent schaffen.

Das Gegenteil ist der Fall

Die EU-Fantasien und die Sehnsüchte nach dem Superstaat sind natürlich Unsinn, weil genau das Gegenteil der Fall wäre: Der Superstaat würde Europa zerstören. Man kann diese wahnhaften EU-Gedanken recht einfach widerlegen: Sobald nämlich die Nationen Europas im Superstaat EU aufgingen, würden alle nationalen und jetzt im Subsidiaritätsprinzip zu lösenden Probleme nach Brüssel wandern und dort bearbeitet werden müssen. Alle jetzigen Staaten wären ihrer Souveränität vollkommen beraubt und es gäbe keinerlei nationale Handlungsmöglichkeiten mehr, weil die komplette Staatsgewalt

in Brüssel lokalisiert wäre. Die heutigen Nationen würden höchstens als Folklore-Klubs existieren dürfen und zu Karikaturen ihrer selbst werden.

Die Grenze als Bedingung

Das größte Problem nach der Aufhebung der nationalen Souveränitäten wäre die Frage der Grenze. Wenn die innereuropäischen Grenzen wirklich komplett wegfielen, würde die vielzitierte EU-Außengrenze plötzlich genau das sein, was jetzt die Staatsgrenzen unserer souveränen Nationen sind: Nämlich eine der drei wichtigsten Grundbedingungen jedes staatlichen Seins. Diese drei Bedingungen nennen sich Staatsgebiet, Staatsvolk und Staatsgewalt. Alle drei Voraussetzungen kann man ohne Grenzen nicht aufrechterhalten.

Und was die EU-Außengrenze wirklich ist, erleben wir seit Beginn der Migrationskrise täglich mit: Sie ist nicht einmal das Papier wert, auf dem sie niedergeschrieben ist.

Wenn man die Bildung der „Republik Europa“ ernst nimmt, müsste das, was jetzt an den Nationen so kritisiert wird, also erst recht wieder präsent sein, nur eben in einem riesenhaften, willkürlich geschaffenen und im wahrsten Sinne kontinentalen Rahmen. Man müsste als EU-Superstaat diese Außengrenzen bis zur letzten Konsequenz sichern und verteidigen, denn sonst hätte der neugeschaffene Staat „Europa“ keine Überlebenschance: Sein Gebiet würde ohne Grenzschutz umgehend usurpiert werden, seine Staatsgewalt würde nie eine wirkliche sein und seine Völker würden rascher verdrängt werden als wir uns das überhaupt vorstellen können.

Der Superstaat ist eine Farce

Als Nation wäre der Superstaat eine Farce, denn obwohl er alle nationalen Außenbedingungen und Merkmale erkennbar vertreten, verteidigen und tragen müsste, könnte er in seinem Vielvölkergebilde niemals den Charakter der Nation darstellen. Eine Nation ist nämlich definitionsgemäß eine größere Gruppe

von Menschen, die gemeinsame Sprache, Abstammung, Traditionen, Sitten und Gebräuche verbindet. ([Wikipedia](#)) . Von anderen nicht umsetzbaren oder nur unter totalitären Bedingungen machbaren Zielen wie etwa der europäischen „Sozialunion“ sei hier gar nicht die Rede, denn diese Ziele sind so absurd und widersprüchlich, dass man sie am besten gleich wieder vergisst.

Sie erzählen immer nur die Hälfte

Diese Fakten verschweigen uns die EU-Romantiker und Zentral-Architekten tunlichst, wenn sie von der „Republik Europa“ schwadronieren. Euro-Zentralisten wollen die Nationen auflösen (=zerstören), um etwas nur scheinbar Größeres, Besseres, Schöneres zu errichten. Der Preis dieses wahnwitzigen Vorhabens wäre die Vernichtung der vielfältigen Kulturräume und Nationen des Kontinents durch einen Einheitsstaat, der eine ungeheure Gewalt ausüben müsste, um zunächst sein Entstehen und dann sein Überleben überhaupt sichern zu können.

Der Superstaat wäre demzufolge der Quell steter Konflikte und Interessens-Kollisionen. Der heute so vielgescholtene Nationalismus würde sich gegen den Totalitarismus des zukünftigen Zentralstaates ausnehmen wie ein harmloser Spleen gegen den wütenden Wahn eines Tobsüchtigen – und der Nationalismus würde in ungeahnter Wucht wieder aufleben, ähnlich den separatistischen Bewegungen, die wir gerade in Europa erleben, nur eben in viel größerem Ausmaße. Der antinationale Wahn der zwangsbeglückenden Brüsseler Sozial- und Staatsingenieure würde also erst recht genau das hervorrufen, was die manischen Europisten angeblich so gerne verhindern wollen.

Therapie tut not

Wir müssen daher aus therapeutischen Gründen den umgekehrten Weg gehen: Europa kann nur überleben, wenn es seinen Nationen sämtliche Rechte und vor allem die totale Souveränität

zurückgibt und nicht sukzessive wegnimmt. Die einzige langfristig legitime und bestandsfähige Existenzmöglichkeit der EU ist das „*Europa der Vaterländer*“. Und nur die einzelnen souveränen Nationen können sich durch wirtschaftliche Verträge und politische Übereinkünfte gegenseitig ein freies und selbstbestimmtes Dasein ermöglichen.

(Dieser Beitrag erschien zuerst auf thedailyfranz.at)